

Berücksichtigung für die Würde des Reichspräsidentenamtes zeigen und nicht mehr die vielfach lächerlich geringen Strafen auswerfen werden, die sie vor Heileigungen gegenüber Ebert für genügend hielten, — abgesehen davon, dass die Republikaner nicht daran, sich an dem unvölkigen Verhalten rechtstreuender Kreise gegenüber Ebert ein Beispiel zu nehmen, sie werden dem neuen Reichspräsidenten mit der Achtung begegnen, die sein hohes Amt erfordert.

Wir Republikaner sind mit unserem Kandidaten, bei dem der CSD auf die Verhaftung nicht nur das Unverständnis eines Unabhängigkeits, sondern auch ein freudiges Unverständnis bedeutet hätte, ehrvoll unterlegen; ehrvoll wollen wir sagen, weil der Vorschlag des Gegenkandidaten von 900 000 Stimmen bei einer Gesamtzahl von über 30 Millionen abgegebenen Stimmen jedenfalls sein überwältigender ist. Wir finden uns als Demokraten mit der Niederlage, die wir gegenüber dem ersten Kandidaten des Reichspräsidenten gar nicht gewusst haben — das wussten die Gegner — nicht erlitten hätten, umso eher ab, als es den Siegern angeliefert der Konsequenzen, die sich aus ihrem Sieg gerade in der Festigung einer Festigung des republikanischen Gedankens ergeben können, selbst nicht recht wohl zumute ist.

Wenn hier dargelegt worden ist, dass die Übernahme des Präsidentenamtes die Festigung der Republik bedeuten kann, so soll damit keineswegs gesagt sein, dass man nunmehr ohne Sorge für die Republik sein könnte und dürfte. Nicht von Hindenburg selbst, auf dessen Ehrlichkeit wir vertrauen, drohen ihr Gefahren, wohl aber nach wie vor aus dem Kreise dieser, die ihn in ganz anderen Absichten als denen der Festigung des republikanischen Gedankens auf den Schrift gebracht haben und nach wie vor in dem Präsidenten der Republik nur den Platzhalter für einen künftigen Monarchen erblicken. Und darum, Republikaner, seid wachsam und auf der Hut!

Internationaler Waffen- und Munitionshandel.

Gens., 8. Mai. Die allgemeine Kommission des internationalen Waffen- und Munitionshandels erkannte in ihrer Sitzung vom Freitag vormittag drei weitere Kommissionen und ein Revisionskomitee, nämlich eine juristische Kommission eine Polikommission und eine Kommission für geopraphische Fragen. Deutschland ist in der juristischen Kommission vertreten durch Prof. Dr. Nord, vortragender Begeisterungsrat im Auswärtigen Amt, und in der Polikommission durch Dr. Boersch vom Reichsfinanzministerium. Es kam hierauf ein von Tendramis-Grechenland eingebrochtes Antrag zur Sprache, der lautet: Die Kommission ist der Ansicht, dass die Gleichstellung der Produzentenländer mit den nichtproduzierenden Ländern die Grundlage für das zu schließende internationale Übereinkommen zu bilden hat. Der Präsident der Kommission erklärte, dass es sich hier um die Proklamation eines allgemeinen Prinzips handele, dem in jeder Weise Gestaltung verschafft werden müsse. Die Kommission stimmte dieser Auffassung zu. Tendramis behielt sich das Recht vor, im Laufe der Beratungen die praktischen Schlussfolgerungen aus diesem Prinzip zu ziehen und gewisse entsprechende Anträge zu stellen. Sobald kam der Antrag der amerikanischen Delegation betreffend das Verbot der Ausfuhr von Giftgasen zu kriegerischen Zwecken zur Behandlung. Die polnische Delegation hatte hierauf einen weiteren Antrag eingebrochen, alle Beschlüsse, die die Konferenz gegen den Krieg mit chemischen Mitteln fäht, auch auf den Krieg mit bacteriologischen Mitteln auszudehnen. Es wurde beschlossen, beide Anträge, welche noch durch einen ungarischen Zusatzantrag ergänzt worden waren, der zuständigen Kommission zur Prüfung zu überweisen. Der ungarische Zusatzantrag bestimmt, dass die Verbündigungsmitte gegen den Krieg nicht unter die Ein- und Ausfuhrverbote fallen dürfen. Die Kommission ging hierauf zur Bearbeitung des Artikels 2 des Abkommenentwurfs über, der die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen und Munition behandelt. Danach sind die Signatarmächte verpflichtet, keine Waffen und Munition, die ausschließlich zu kriegerischen Zwecken Verwendung finden sollen, auszufließen, es sei denn unter ganz bestimmten, genau umschriebenen Bedingungen. Diese Voraussetzungen für die Ausfuhr sind folgende: Die Ausfuhrbewilligungen dürfen nur für die Lieferung an die Regierungen gegeben werden, welche von den Exportländern genannt werden. Die Waffenankaufes dürfen nur mittels eines offiziell akkreditierten Agenten geschieden. Die Ausfuhrbewilligungen müssen nicht nur Art und Menge der Waffen genau angeben, sondern auch die Transportbedingungen, Reiseroute usw. erwähnen. Die Regierungen, die die Ausfuhrbewilligungen erzielen, müssen die Ausstellungen hierüber vierteljährlich dem vom Börsenbundsrat zu schaffenden Internationalen Zentralbüro einreichen. Dieselbe Verpflichtung besteht auch für die waffeneinführenden Länder. Das Zentralbüro wird diese statistischen Aufstellungen veröffentlichen. Der Vizepräsident der Konferenz Guerrieru Sc. Salvator brachte zu den einleitenden Artikeln des Kapitels, das die oben erwähnten Grundzüge aufstellt, gewisse Abänderungsanträge ein.

Ablehnung vom Anarchismus.

Sofia, 10. Mai. Nach dem Attentat in Sofia haben eine Reihe der gemäßigten Kommunisten, an deren Spitze Satarow steht, eine neue Organisation gebildet. Diese hat sich vollständig gegen die illegalen Kampfmethoden ausgetragen. Sie will nur die Interessen der Arbeiterschaft vertreten und auf legalem Wege den gemäßigten Parteien ihre Unterstützung gewähren, um auf diese Weise einen Regierungswechsel herbeizuführen. Biele gemäßigte Kommunisten sind auch in die liberale Partei in die sozialistische Partei eingetreten.

Das Attentat im Burgtheater.

Wir berichteten am Sonnabend über die Wahlnacht einer Dame, die im Wiener Burgtheater mehrere Schüsse auf Mazedonier abgab. Es hat sich herausgestellt, dass es sich dabei um ein Attentat handelt.

Das Wiener Neue Uhr-Uhr-Blatt schreibt: In Wien befindet sich eine verhältnismäßig zahlreiche mazedonische Kolonie, die aus Kaufleuten, flüchtigen Politikern und Studenten besteht. Das offizielle Bulgarien lehnt jede Verantwortung für das Treiben der Mazedonier in Wien ab. Der bulgarische Gesandte hat sich zum Minister des Neueren Staates begeben, um einerseits das Bedauern über den Vorfall ausdrücken und andererseits zu erklären, dass Bulgarien jede Verantwortung für das Geschehne ablehne. Aus hervorragender bulgarischer Quelle hört das Uhr-Uhr-Blatt weiter, dass die Mörderin Kalinec ihrem Namen nach rumänischer Abstammung sei. Da aber diese Rumänen in Mazedonien ansässig sind, ist sie wahrscheinlich eine eisige Hängerin einer der vielen mazedonischen Richtungen geworden, und zwar der sog. liberalistischen Richtung, die Verzweigungen in allen Balkanstaaten hat. Diese Vereinigung hat in Wien ihre Zentrale und gibt hier auch eine eigene Zeitchrift heraus. Diese Richtung hat eine ausgebrochene kommunistische Tendenz.

Über den Mord wird weiter von dem Blatte berichtet: Die Täterin ist in Haft, und auch die beiden anderen Insassen der Loge in der sich das blutige Drama abspielte, wurden vorläufig in Verhafnung genommen, bis das Attentat in allen Einzelheiten aufgewältigt wird. Neben der Sicherheitspolizei, die die Untersuchung führt, ist auch die Staatspolizei bezüglich der politischen Seite des Verbrechens tätig. Die Erhebungen gestalten sich sehr schwierig, weil die in Bezug kommenden Personen der deutschen Sprache nur in geringem Maße möglich sind. In den Wohnungen der Mazedonier, die im Burgtheater anwesend waren wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Es wurde viel Material beschlagnahmt, über dessen Inhalt aber nichts Näheres zu erfahren ist, weil alle Papiere in fremder Sprache verfasst oder in fremden Schriftzeichen geschrieben oder gedruckt sind.

In dem Befinden der beiden verletzten Bulgaren ist bis jetzt keine Niederlage eingetreten. Die Frau des Ermordeten weiß noch nichts von dem Tode ihres Mannes. Ihr Zustand ist ernst. Sie konnte noch nicht hören werden, da sie infolge einer Schussverletzung an der Augen nicht sprechen kann. Der andere Begleiter des Ermordeten Iwan Bogdanowitsch, der von vier Schüssen getroffen ist, liegt in ernstem aber nicht hoffnungslosem Zustande dorsteht.

Im Burgtheater wurde der Tatort untersucht und dabei festgestellt, dass ein Geschöß auf der Bühne und eins im Parterre des Aufführungsaumes aufgeschlagen ist.

Erste Sitzung des Exekutivkomitees

der sozialistischen Arbeiterinternationale.

Paris, 10. Mai. Das Exekutivkomitee der sozialistischen Arbeiterinternationale hat gestern in Paris seine erste Sitzung nach Vorbereitung des für den 22. August in Frankreich angesetzten Internationalen Kongresses abgehalten. Verschiedene Länder haben Vertreter entsandt, darunter die deutsche Sozialdemokratie die Reichstagsabgeordneten Hermann Müller, Eisfelder und Otto Wels. Das Exekutivkomitee hat die Tagesordnung des kommenden Internationalen Kongresses besprochen und den Vorstand der Internationale beauftragt, in der heutigen Sitzung endgültige Vorschläge zu unterbreiten. Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung wird lauten: Die Friedenspolitik der sozialistischen Internationale. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der belgischen Sozialisten Vandervelde gab das Tessionschreiben des schwedischen Sozialisten Trotski als Vorstandsmittel des Exekutivkomites bekannt. Er wurde auf Vorschlag der holländischen Partei durch den holländischen Parlamentsmitglied Bleijen erstellt. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen: das Sicherheits- und das Übrungsproblem, der Arbeitstag, die allgemeine politische Lage und besonders die Ereignisse auf dem Balkan.

Paris, 10. Mai. Das Exekutivkomitee der sozialistischen Internationale hat heute nachmittag die Tagesordnung für den im August zusammenstehenden internationalen Sozialistenrat wie folgt festgesetzt: 1. Internationale Friedenspolitik und Sozialismus. 2. Die Internationale und das Sicherheits- und Übrungsproblem. 3. Kampf der Arbeiterklasse. 4. Die Lebensbedingungen der Arbeiter und die Arbeitslosigkeit. 5. Das Washingtoner Abkommen und der Arbeitstag. 6. Berichte und Resolutionen der internationalen Frauenkonferenz. 7. Allgemeine Organisations- und Verwaltungsfragen.

Das Nationalfest zu Ehren der Jungfrau von Orleans, aus dessen Anlass die Staatsgebäude geflaggt hatten, hat heute stattgefunden, jedoch nicht in der üblichen Weise, da die Regierung Umzüge verboten hatte, um Kundgebungen zu verhindern. Die einzelnen Delegationen, bestehend aus 10 Personen, hatten sich deshalb getrennt zum Denkmal der Jungfrau von Orleans begeben, um dort Blumen niederzulegen. Im Laufe des Vormittags ist es zu geringfügigen Zwischenfällen gekommen, da die Camelots du Roi und die Mitglieder der Jugendvereine der patriotischen Liga wiederholt versuchten, einen geschlossenen Zug zu bilden. Sie stießen aber auf den Widerstand des sehr starken Polizeiaufgebots, das sie zerstreute.

Um Mitternacht eingetroffene Meldungen aus Paris besagen, dass die Feste für die Jungfrau von Orleans doch noch zu Zwischenfällen geführt hat. Entgegen der polizeilichen Verordnungen wollten Royalisten und Mitglieder des

katholischen Verbindungen Umzüge veranstalten, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Eine Gruppe von 400 Royalisten waren in der Nähe von der St. Augustin-Kirche von der Polizei auseinandergetrieben worden. Ein Zug von 80 Katholiken, an ihrer Spitze General de Castelnau, wurde ebenfalls gezogen, sich aufzulösen. Zu schweren Zwischenfällen kam es in der Rue de Pyramides. Royalisten wollten der Aussöhnung, auseinandergehen, nicht folgen lassen und griffen zu Stöcken und Schlagringen. Die Polizei musste 15 Personen verhaften, darunter auch Redakteure und Mitglieder der „Action Française.“

Kleine Meldungen.

Eisen, 10. Mai. Bei Herbst-Dorsten wurde gestern der neue Flughafen Flughafen eröffnet.

Düsseldorf, 10. Mai. Das Kreuzschiff *Vos Angeles* ist von seiner Fahrt nach Portofino hierher zurückgekehrt.

Paris, 10. Mai. General Messel, Generalinspekteur für das Luftschiffwesen, ist mit einer Aufgabe in Marokko betraut worden. Er ist gestern nachmittag vom Kriegsminister empfangen worden.

Sofia, 8. Mai. Die Behörden entdeckten in Braga eine 72 Mitglieder starke kommunistische Betriebsorganisation.

Quebec, 10. Mai. Gestern sind hier fünf Ocean-dampfer mit 2859 Passagieren angekommen, von denen 1748 neue Ansiedler vom europäischen Festland sind.

Wellington, 10. Mai. Der Premierminister von Neuseeland Massey ist gestorben.

Madrid, 8. Mai. El Debate warnt vor Optimismus bezüglich der Lage in Marokko. Erneute Angriffe an der spanischen Front seien zu Beginn des Sommers wahrscheinlich.

Aus Stadt und Land.

Wien, 11. Mai 1925.

Häggenschmid am 12. Mai. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Innenminister Müller, ordnet an, dass am Tage der Vereidigung des Reichspräsidenten am Dienstag, den 12. Mai, die sächsischen staatlichen Dienstgebäude, die staatlichen Schulen und die im wesentlichen aus Staatsmitteln unterhalteten Stiftungsgebäude, zu besiegeln sind. Die Gemeindebehörden werden angewiesen, ihrerseits auf eine entsprechende Besiegung der übrigen öffentlichen und privaten Gebäude hinzuwirken.

Ungültigkeit der alten Reichsbanknoten am 5. Juni. Der Termin, an dem die schon vor einiger Zeit ausgerufenen Reichsbanknoten mit einem vor dem 11. Oktober 1924 gelegenen Ausgabedatum ihre gesetzliche Kraft verlieren, rückt immer näher. Zur Vermeidung von Unzertüglichkeiten, die je näher das Ende der Aufrufsstufen herankommt, zunehmen werden, ist es erforderlich, dass die aufgerufenen Noten auf möglichst direktem Wege den Kassen der Reichsbank zugliefern. Um jeden Zweifel auszuschließen, sei nochmals darauf hingewiesen, dass die aufgerufenen Reichsbanknoten mit Ablauf des 5. Juni 1925 ihre gesetzliche Kraft verlieren und dass sie vom 5. Juli 1925 ab auch von der Reichsbank nicht mehr eingelöst werden. Wie noch von zuständiger Seite verlautet, bleiben alle papierenen Geldzeichen gültig, die auf Reichsmark lauten und die Währung Rentenbanknoten tragen.

Vortragssabend. Im Wissenschaftlichen Verein zu Lue findet am Montag, den 18. Mai ein besonders bemerkenswerter Vortrag von Dr. Georg Bleibauer aus Dresden statt. Der Vortragende ist Leiter des Vorgeschichtlichen Museums in Dresden und kommt auf einige Zeit hierher, um den im vorigen Herbst gefundenen Ringwall bei Blauenthal, in dessen Nähe sich Tonherben und ein Feuersteinmesser fanden, genau zu untersuchen und auszugraben. Anschließend daran wird er an Hand von Lichtbildern über „die Vorzeit Sachsen“ sprechen und zu den Blauenthalser Grabungen Erklärungen geben. Schon jetzt seien alle Heimatfreunde auf diesen Vortrag hingewiesen.

Vortragssabend. In der Mittelalterschule findet morgen Dienstag abend 8 Uhr ein Vortragssabend statt. Herr Pfarrer Reinhardt aus Teplitz in Böhmen, ein bekannter Freund und Vater sterbender Kinder, wird sprechen über Schicksale verlorener und verstorbener Kinder, über Heimat für Heimatlose in Teplitz. Kindersorge wird diese Fehler umrahmen. Der Besuch des Abends wird jedermann aufs warmste empfohlen.

Schlachtungen im 1. Vierteljahr 1925. Nach dem vorläufigen Ergebnis der im Statistischen Bundesamt bearbeiteten Statistik der Schlacht- und Fleischbeschaffung sind im Freistaat Sachsen im 1. Vierteljahr 1925 der amtlichen Fleischbeschaffung unterzogen worden: 2781 (2110) Pferde, 10 284 (8397) Ochsen, 11 708 (9052) Kühe, 30 894 (24 088) Alte, 6 132 (4466) Ziegen, 91 342 (70 404) Rinder, 803 908 (254 917) Schafe, 49 749 (28 036) Schafe und 11 290 (8314) Ziegen. Die in Klammern gebrachten Zahlen beziehen sich auf die im 1. Vierteljahr 1924 gezählten Schlachtungen. Demnach betrug die Zunahme der in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1925 erfolgten Schlachtungen gegenüber den Schlachtungen im 1. Vierteljahr 1924: bei den Pferden 31,8, Ochsen 23,7, Kühen 30,0, Rindern 24,3, Jungrindern 15,5, Kühlern 20,2, Schweinen 19,2, Schafen 88,5 und Ziegen 35,8 Prozent.

17. Sächsischer Kaufmannsgehilfentag in Tolkau.

Etwa 2000 Handlungsgehilfen aus über 100 sächsischen Ortsgruppen des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes gaben sich ein Stellvertretein, um erste Arbeit für die deutsche Kaufmannschaft zu leisten. Auf dem Gauetag am Sonnabend erhielt der Gauvorsteher Hegewald (Leipzig) den Jahresbericht. Die ausscheidenden Gauvorstandsmitglieder Hegewald (Leipzig), Rothe (Leipzig), Vogel (Chemnitz) und Dörg (Greiz), sowie die ausscheidenden Gauvorstandsmitglieder Urban (Löbau) und Dörg (Greiz) wurden einstimmig wiedergewählt.

Wieder vereintigte die Kaufmannsgehilfen mit ihren Gilden ein Festabend im feierlich geschmückten Saal der „Neuen Welt“.